

Helga Picht „Wortmeldung 2“

„Und Korea bewegt sich doch“ Sehr erfreut darüber, dass **ISOR aktuell** als einziges deutsches Presseorgan meine „Wortmeldung 1“ schon im April dieses Jahres an so hervorragender Stelle abgedruckt hat, las ich anschließend das mir zugeschickte umfangreiche Sonderheft: „Soldaten für den Frieden - Frieden war und ist unser Lebensinhalt“. Nicht nur weil ich bei einem der wiederholten Dolmetsch Einsätze die Führung der Nationalen Volksarmee der DDR persönlich kennengelernt hatte, fand ich mich in fast allen Beiträgen angesprochen. Und das nicht nur in Bezug auf meine Erlebnisse in Berlin, sondern genauso in Moskau, Warschau, Pjöngjang, Irkutsk und Peking.

Als ich am 7. Oktober an der jährlichen Veranstaltung des OKV zum Republikgeburtstag teilnahm, war ich sehr froh darüber, dass in dieser Deutlichkeit zum ersten Mal die DDR als einziger deutscher Staat, dessen Soldaten sich nie an Auslandseinsätzen beteiligten, gefeiert wurde. Veranlasst zu dieser zweiten Wortmeldung hat mich aber, dass bisher folgende Fakten Erwähnung fanden: Der von den USA angezettelte Koreakrieg (vgl. den prominenten amerikanischen Historiker Bruce Cummings) und der Sieg der Überfallenen dank ihres Zusammengehengens mit den Angehörigen der chinesischen Volksarmee und der Solidarität der Sowjetunion, der DDR und den anderen sozialistischen Ländern; (Spendenaktion) sowie für die vielseitigen nationalen Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika.

Gestört hat mich aber, dass ich bis zum Auftreten des DKP-Vertreters (aus Bochum!) warten musste, bis China, das bis heute weltweit größte sozialistische Land, überhaupt erwähnt wurde. Denn die lange währende Negierung dieses Fakts auch durch die Linke hat mich immer beunruhigt. Deshalb habe ich die hoch interessanten Reiseberichte von Egon Krenz in seinem China-Buch mit Erleichterung gelesen. Zumal ich seit 1949 immer wieder erfahren musste, dass die - auch von meiner Partei - seit Anfang der 60er Jahre betriebene Abgrenzung von China den Weltsozialismus erheblich schwächte. Darunter hatte nicht nur Korea, sondern auch die gesamte antiimperialistische Weltbewegung mindestens zwei Jahrzehnte lang außerordentlich gelitten. Weil meiner Meinung nach die Wirkung der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen und ihr nationales Anliegen unterschätzt und dadurch schnell diskreditiert wurden. Dass mir das überhaupt auffiel, hatte sowohl mit meinem wissenschaftlichen Profil als auch mit meiner gleichzeitigen

Tätigkeit als Spitzendolmetscherin der DDR zu tun. Konnte ich doch auf beiden Arbeitsgebieten feststellen, dass beide Partner in diesen letztlich entscheidenden Fragen von Abrüstung und Frieden übereinstimmten.

In meinen beiden Qualifizierungsarbeiten zum „Klassenstandpunkt der Partei der Arbeit Koreas“ und „Marxismus-Leninismus in Korea (1978) konnte ich das, leider damals allerdings unveröffentlicht, feststellen. In ihrem letzten Gespräch 1986, das ich auch übersetzt und protokolliert habe, stellten beide - Erich Honecker und Kim Il-sung - diese Gemeinsamkeit fest; und bestätigten gegenseitig, dass man nur über die nationale Wiedervereinigung andere Auffassungen habe.

1991 war ich dann zu einer Konferenz des neu gründeten Instituts für die Wiedervereinigung nach Seoul eingeladen, wo alle südkoreanischen Wissenschaftler einmütig erklärten, dass man die eigene Wiedervereinigung nicht nach dem Modell der deutschen „Schlussvereinigung“ (koreanisch: hypersu) vollziehen könne, weil beide Teile Koreas darauf wirtschaftlich nicht vorbereitet waren.

Erst von da an begann ich mir Gedanken darüber zu machen, warum mich zwei Erlebnisse während meines ersten Ostasienaufenthaltes nach der Wende so schockiert hatten. Anfang August 1991 hatten mich die koreanischen Wissenschaftler in Japan zur Gründungskonferenz der „International Society for Korean studies“ eingeladen und sofort zur stellvertretenden Vorsitzenden der neu zu gründenden Gesellschaft vorgeschlagen. Da all das im August 1990 (!) passierte und ich viele der Gründerväter gut kannte, nahm ich das gerne an.

Diese Anerkennung half mir, in Seoul und vielen anderen südkoreanischen Hochschulen und Universitäten, in Fernseh- und Rundfunkinterviews sowie von verschiedenen Zeitungen

Friede auf Erden

Uns hilft dabei kein Gott, kein Kaiser noch Tribun
Wir müssen es mit eigener Kraft selbst tun.

Dafür wünscht die Redaktion uns allen viel Kraft, Gesundheit und Ausdauer an der Seite der uns folgenden Generationen.

Sehen wir erholsamen und stärkenden Feiertagen entgegen und begrüßen all die Glockenkänge, die für Menschlichkeit und Völkerfrieden ertönen.

eingeladen zu werden, ohne täglich als „Ossi“ oder „Kommunistin“ angefeindet zu werden.

Und dann erlitt ich einen Schock, als ich nach drei Wochen erstmals Zeit für meine eigene Arbeit hatte. Bei der Ankunft am Haupttor der auch international bekannten Yonsei-Universität in Seoul leuchtete mir weithin sichtbar die mir bis dahin nur aus Nordkorea bekannte Lösung: „Vertreibt die amerikanischen Imperialisten“ in riesigen Schriftzeichen entgegen. Seitdem sehe ich die Geschichte der Teilung Koreas mit anderen Augen und bemühte mich, die Geschichte des gar nicht so kleinen, alten Landes unvoreingenommen zu betrachten; in beiden Teilen des nunmehr seit acht Jahrzehnten durch die USA gespaltenen Landes scheint sich nämlich das Streben nach Selbständigkeit, Frieden und Freundschaft durchzusetzen. Das zeigte sich in den Gesprächs- und Verständnisbemühungen von beiden Seiten in den Jahren 2017 und 2018, die leider wegen der erneuten großen amerikanisch-südkoreanischen Militärmanöver im August dieses Jahres wieder unterbrochen wurden.

Die ersten Ausgangsbedingungen für dieses veränderte Herangehen hatte ich meinem Werdegang in der DDR zu verdanken, weil ich alle Möglichkeiten des Spracherwerbs nutzen konnte und deshalb nach Aufnahme des Studiums sämtliche nordkoreanische und seit Mitte der 70er Jahre auch südkoreanische Werke im Original lesen konnte; und außerdem auf vielen internationalen Konferenzen in Russland, China, den USA und anderen Ländern das sensible Herangehen an dieses hochkomplizierte Thema erfahren konnte.

Das verdanke ich der großzügigen Unterstützung der „International Society for Korean studies“, die fast 20 Jahre lang meine Teilnahme an allen großen wissenschaftlichen Konferenzen finanzierte. Von da an konzentrierte ich mich auf die Übersetzung der bedeutendsten koreanischen Autorin Pak Kyongni (Land 20 Bde.) und anderer patriotischer und progressiv denkender südkoreanischer Schriftsteller, die alle in ihren Werken danach streben, „Koreas Platz an der Sonne“ (Bruce Cummings) zu sichern.

*

Auf den Seelowser Höhen

In Anwesenheit des Außerordentlichen und Bevollmächtigen Botschafters der Russischen Föderation, Sergei Netschajew, und des neu ernannten Verteidigungsattachés der Russischen Föderation, Generalmajor Sergey Chukhrov, fand am 27. November 2019 an der Gedenkstätte Seelowser Höhen eine Zusammenkunft der Diplomaten mit Vertretern deutscher gesellschaftlicher Organisatoren statt.

Im Rahmen einer feierlichen Zeremonie, bei der die russischen Diplomaten Erde vom Schlachtfeld Seelowser Höhen zur Überführung in entsprechende Stätten in Russland entnahmen, gedachte der Botschafter der gefallenen Soldaten der Roten Armee und betonte die Lehre „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“. Er äußerte den Wunsch für eine freundschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland und dankte für die gute Pflege der Gedenkstätte und der Gräber der gefallenen Rotarmisten durch das Land Brandenburg und die Stadt Seelow.

Bruno Mahlow, ein in Moskau geborener Sohn emigrierter deutscher Kommunisten, ehemaliger Offizier der Roten Armee und späterer 1. Sekretär der Botschaft der DDR in China,



in Führungsfunktionen der Gesellschaften für Deutsch-Sowjetische und Deutsch-Chinesische Freundschaft, unterstrich diese Lehre mit persönlichem Erleben.

Von deutscher Seite waren Vertreter der Rosa-Luxemburg-Stiftung, des OKV, der ISOR,

des Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA und GT der DDR und der Berliner Freunde der Völker Russlands anwesend.

Eine Kranzniederlegung und freundschaftliche Gespräche gaben dieser Veranstaltung einen würdigen Rahmen.



Aus unseren TIG



Strafrenten - Markenzeichen des bundesdeutschen „Rechtsstaates“

Die zum Thema „Strafrenten“ vom Vorstand unseres Vereins erarbeitete Dokumentation zum Rentenüberleitungsgesetz und zum AAÜG - verlangt zuerst Dank zu sagen für die umfassenden Maßnahmen gegen die diskriminierende Nichtanerkennung in der DDR tatsächlich erworbener Rentenanwartschaften/Rentenansprüche. Diesen Begriff gebrauchten u.a. bereits Abgeordnete der Fraktion der SPD des Deutschen Bundestages im Gesetzgebungsverfahren.

Zum zweiten erhalten wir in den TIG Anregungen für unsere Arbeit innerhalb der Mitglieder und besonders nach außen, so zur weiteren Umsetzung der in der Führungskonzeption gestellten Aufgaben.

In diesem Zusammenhang war mir daran gelegen, bereits im Frühjahr in einer Zusammenfassung zum Rentenstrafrecht unsere Mitglieder über das damalige Gesetzgebungsverfahren im Bundestag zum RÜG und zum AAÜG und die Haltung der Fraktion der SPD nochmals zu informieren (Quelle: Prof. Dr. Dr. Merten). Gemeinsam mit den Mitgliedern des Vorstandes

der TIG Chemnitz und in Abstimmung mit TIG im Regierungsbezirk sahen wir - und sehen das auch weiterhin - eine der Aufgaben darin, breite Teile der Bevölkerung über die rechtswidrige Benachteiligung ganzer Gruppen von DDR-Bürgern durch ausdrücklich für diese Gruppen geschaffene bundesdeutsche Gesetzgebung zu informieren. Viele nicht von den Regelungen Betroffene kennen die Diskriminierungen nicht, darunter auch Mitglieder der Partei DIE LINKE.

Letztlich wollen wir in der „Mitte der Gesellschaft“, das heißt außerhalb von Parlamenten, die durch Gutachten nachgewiesene Rechtswidrigkeit des staatlich verordneten Missbrauchs des Rentenrechts für Sanktionen gegen die Angehörigen des MfS und damalige hohe Funktionsträger der DDR weiter bekannt machen. Ohne Illusionen zu besitzen, erwarten wir Unterstützung in unserem Kampf gegen die Diskriminierungen.

Der Vorsitzende des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE der Stadt Chemnitz erklärte seinen Willen zu organisieren, dass die Mitglieder der Partei über den Inhalt der Strafrentenregelungen informiert werden. Mehrere Ehepartner damaliger Angehöriger des MfS, die selbst dem

Ministerium nicht angehörten, aber deren Familien von den Rentenkürzungen betroffen sind, haben sich an mich mit dem Auftrag gewandt, die Fraktion der SPD des Bundestages aufzufordern, gegen diese Diskriminierungen endlich vorzugehen. Sie berufen sich dabei auf die ablehnende Haltung der SPD-Fraktion während des Gesetzgebungsverfahrens zum RÜG und AAÜG. Wir hatten unsere Mitglieder auf der Grundlage der bekannten Schrift von Prof. Dr. Dr. Merten über die damalige Position der Fraktion, die die Rechtswidrigkeit der Rentenkürzungen ausdrückte, informiert.

In diesem Sinne werden wir auch Sozialvereine des Territoriums mit dem Inhalt der Strafrente weiter vertraut machen.

Im November werde ich die TIG-Vorstände der Erzgebirgskreise anlässlich einer gemeinsamen Beratung über Erfahrungen und Erfordernisse unserer Arbeit informieren.

Ein letzter Gedanke. Zur Unterstützung der Aufgaben zur Anerkennung von Verpflegungsgeld als Bestandteil der während der Zugehörigkeit zur DVP, des Strafvollzuges und der Feuerwehr erworbenen Einkommen durch den Freistaat Sachsen habe ich in Abstimmung mit einem damaligen Stellvertreter des Chefs der BDVP in dessen Namen die Polizeipräsidentin Chemnitz und den Landespolizeipräsidenten Sachsen in Briefen ersucht, ihre Möglichkeiten zur endgültigen Klärung durch eine noch immer

Zwischenruf 2019

Am Ende des Tages, also jetzt mal des Jahres, können wir uns mit Stolz und Genugtuung zurück erinnern und sagen: Ja, die Weichen sind gestellt, die Signale gesetzt und das Projekt nach kontroverser Diskussion ein Stück weit auf die Schiene gebracht:

Vom Mietendeckel und der Diätenerhöhung für die Diener (m/w/d) des Volkes in Berlin ist ein Vorhaben ins Auge gegangen bzw. gefasst und das andere unbürokratisch auf den Weg geschubst worden. Somit ist die Gefahr der Abgeordneten-Armut zunächst von Hungertuch und Tisch.

Auch der erhöhte Zuschuss für den Erwerb der wunderbaren deutschen Elektroautomobile um einige Tausend Euronen ist ohne Bedürftigkeitsprüfung für die „Verbraucher“ über die demokratische Bühne geschlittert. Für die Regularien zum Gnadenakt der Grundrenten-Ausschüttung schärfen christliche, liberale und sozial bis demokratische Parteien gerade ihre Profile. Da und dort wurden besonders scharfe „Doppelspitzen“ installiert.

Ob dazu vielleicht mehr Mut gehört, als die „Rolle der Gestaltungsmacht anzunehmen“ und „das Spektrum militärischer Mittel, wenn nötig auszuschöpfen“ sagte, wo sonst als in der Mün-

chener Bundeswehruniversität, Frau Annegret, vielleicht mit Blick auf ihr Sehnsuchtsziel in Nordsyrien. Es ist zu befürchten, dass sie darauf zurückkommt.

Ob nun gerade diese Gegend für das Exil abgehälfte Politiker der ehemals großartigen „Volksparteien“ geeignet ist, sollten die „Vertriebenen“verbände beurteilen, ebenso ob sie in aus der Türkei nach Deutschland verschobenen Freiheitskämpfern eine Auffrischung ihres Mitglieder durchschnittsalters sehen könnten. Ein überlegenswerter Gedanke ist, dass diese Vertriebenen bereits mit Waffen und ähnlichem Gerät umgehen können. Für die Abgeordneten könnten da und dort noch ein paar Stühle an die Vorstandstische von Bahn, Post und Stromanbieter gerückt werden. Bahn will, Post hat und Strom wird Gebühren verändern. Für den „Verbraucher“ ein Taschenspielertrick von links nach rechts. Ja, von Rechts wegen muss das in einem Rechtsstaat wohl alles geschluckt werden, falls er sich nicht an einer Rechtspartei verschluckt. Auch in einer Unrechts- und Schreckensdiktatur gab es etwas zu schlucken: Die kostenlose Impfung gegen Kinderlähmung. Eine konkrete Bedrohung aus der Sowjetunion. An dieses und anderes sollte auch im Jahre 2020 erinnert werden, wenn Knalltüten und Sektkorken bis zum Oktober zur Hochform auflaufen werden.

w.k.

ausstehende Gesetzgebung im Freistaat Sachsen einzusetzen. Analoges plane ich in den Kreisen des Bezirkes.

Peter Eichler

*

TIG Stralsund

Vor den Mitgliedern unserer TIG und zahlreichen Gästen aus umliegenden TIG sowie Parteien und Organisationen Stralsunds sprach am 14.11. unser Gast Oberst a.D. Giese zum Thema „Zur Wiederherstellung der globalen und militärischen Balance durch die Russische Föderation und China sowie deren Wirkung auf die militärischen Konflikte in der Welt“.

In seinem interessanten Vortrag spannte er den Bogen von der aktuellen weltpolitischen Lage, der zunehmenden Kriegsgefahr, der Rolle der Friedensbewegung bis zum Erstarken Russlands und Chinas sowie den Möglichkeiten der USA, den Erhalt ihrer geopolitische Dominanz auch mit militärischen Mitteln weiterhin durchzusetzen..

In Gegenüberstellung neuester Waffenentwicklungen wie u.a Hyperschallwaffen, Rakettentechnik oder Laserwaffen durch Russland und China wies er auf das veränderte militärische Kräfteverhältnis zu Ungunsten der USA hin, deren Fliegerkräfte und Seestreitkräfte zunehmend in ihren Aktionen eingeengt werden. Der Aspekt der möglichen Friedenssicherung durch das veränderte Kräfteverhältnis war ein Anliegen dieser Gegenüberstellung.

In der Diskussion ging es - leider unter Zeitmangel - um die Nato und speziell der BRD beim Truppenaufmarsch an Russlands Grenzen, um den Nahen und Mittleren Osten und die Friedensbewegung unter den neuen Bedingungen,

mit der die Aussagen des Referenten Bestätigung fanden. Dieser informative Vortrag kann auch anderen TIGs empfohlen werden.

Dieter Stefanowski

Aus der Postmappe

Auch ich gehöre zu den 95 Prozent der Deutschen, die AKK nicht als nachfolgende Bundeskanzlerin haben wollen. Warum?

Als Verteidigungsministerin will sie den Wehretat auf 50 Milliarden Euro erhöhen, statt der vom Bundestag vorgesehenen 47 Milliarden. Als Bundeskanzlerin würde sie eventuell noch schneller die von der NATO und US-Präsident Trump geforderten zwei Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts an die NATO anstreben. Man muss daran erinnern, dass es sich hier lediglich um ein „Gentleman Agreement“ handelt. Also um eine Willensbekundung, die keinerlei Rechtsverbindlichkeit hat. Jetzt will AKK auch noch mehr Militär- und Kriegseinsätze organisieren. In ihrer Lesart heißt das mehr Verantwortung zu übernehmen und eigene strategische Ziele durchsetzen. Die Erhöhung des Rüstungsetats ist ohnehin nur sinnvoll, wenn der befürchtete Feind militärisch stärker ist. Nun war, ist und bleibt Russland der auswärtige Feind. Wenn aber allein die Rüstungsausgaben der USA fast neunmal höher sind als die russischen, wer ist da wem unterlegen? Der Einsatz der Bundeswehr darf nur im Auftrag der UNO erfolgen. Ich bin dafür, jährlich zwei Prozent weniger für militärische Zwecke auszugeben. Das so gesparte Geld ist sinnvoller für Bildung, Umweltschutz und Armutsbekämpfung zu verwenden.

Die Bundeswehr sollte Deutschland an seinen Grenzen schützen. Dabei glaube ich nicht, dass auch nur einer der angrenzenden Staaten Gelüste hegt, Deutschland anzugreifen.

Unser Land könnte sich hoher internationale Wertschätzung sicher sein, wenn es gelänge, Deutschland zu dem Friedensstaat in Mitteleuropa zu machen.

Frieder Rosada, Wismar

*

Guten Tag an die Redaktion,
zum Artikel "Kein Ende der Hexenjagd": Man kann nicht genug Hochachtung vor der Initiative aller Kämpfer aussprechen, die sich für ihre Gerechtigkeit der zustehenden Altersvorsorge einsetzen. Mir steigt die Zornesröte ins Gesicht, wenn man kein Entgegenkommen der Bundesregierung erkennen kann, dieses Problem zu unterstützen. Im Gegenteil, eine weitere Verlängerung der Überprüfung zu einer Mitarbeit zum MfS scheint ihr wichtiger zu sein, als den Betroffenen zur Gerechtigkeit zu verhelfen. Trotzdem bin ich überzeugt, dass die verbleibenden Kämpfer nicht aufgeben, denn wer aufgibt hat bekanntlich verloren. Mit freundlichen Grüßen und für das nächste Jahr Gesundheit und alles Gute.

Siegfried Tietz, ehemaliger Angehöriger der DDR-Zollverwaltung.

Kurznachrichten

aus der TIG Barnim ...

22.11.2019: Jahrestreffen – als Guest Heinz Engelhardt und Peter Böhm, Verfasser des Buches „Der letzte Mann“ und Ulrich Thorwirth als

Landesbeauftragter und Mitglied des Vorstandes. Ehrungen verdienter Genossinnen und Genossen mit Ehrenurkunden und Prämien. Lebensnaher, engagierter Vortrag der Gäste mit Verweis auf Notwendigkeit des Reifens der Verhältnisse und der Menschen, eingedenk der allgemeinsten Bewegungsgesetze in Natur, Gesellschaft und menschlichen Denkens – bodenständig, realistisch und dem Leben zugewandt im 70. Jahr der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

Klaus-Dieter Jäschke

...und Schwedt: Zur Leserpost von Heinz Matzdorf, Templin, im November. In einem hat Jugendfreund Matzdorf Unrecht: TIG Schwedt existiert noch, wenn auch in verminderter Größe. Ehemalige Führungskader gab es in der TIG schon seit Jahren nicht mehr.

**Hans-Dieter Clauß,
amtierender Vorsitzender**

Bei anderen gelesen

Vorbemerkung

Die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e.V. (DWT) ist eine deutsche Lobbyorganisation, die auf Initiative der Rüstungsabteilung im Bundesministerium der Verteidigung etabliert wurde. Sitz des gemeinnützigen Vereins ist Bonn. Der Verein hat ca. 250 fördernde und etwa 930 persönliche Mitglieder.

**„Antifaschismus ist gemeinnützig“
Der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes wurde die Gemeinnützigkeit aberkannt. Der Verein wehrt sich und appelliert an den Finanzminister.**

Esther Bejarano hat das Vernichtungslager Auschwitz überlebt, indem sie im Mädchenorchester Akkordeon spielte. Sie hat nach der Befreiung das Internationale Auschwitz-Komitee mitgegründet, und heute ist sie Ehrenvorsitzende des Vereins VVN-BdA, kurz für Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten. Am Montag hat sie die Bundesregierung aufgefordert, gegen die Aberkennung der Gemeinnützigkeit dieses Vereins vorzugehen. Diese sei eine „unsägliche, ungerechte Entscheidung“. In einem offenen Brief an Finanzminister Olaf Scholz protestierte die 94-Jährige, die Entscheidung gegen die VVN-BdA sei vor dem Hintergrund alltäglicher rechtsextremer Bedrohungen heute eine „Kränkung“. „Das Haus brennt - und Sie sperren die Feuerwehr aus!“, schreibt Bejarano.

Es geht um eine Entscheidung, die nicht aus Olaf Scholz' Ministerium stammt, sondern aus dem Land Berlin. Am 4. November hat das Fi-

nanzamt für Körperschaften I dort entschieden, den Landesverband der VVN-BdA nicht mehr als gemeinnützig zu bewerten. So muss die Vereinigung Steuern nachzahlen, „in fünfstelliger Höhe“, wie ihr Geschäftsführer sagt, der 52-jährige Politologe Thomas Willms. „Damit ist die VVN-BdA in ihrer Existenz bedroht.“ Die Begründung des Finanzamts Berlin: Der Landesverband in Bayern sei im bayerischen Verfassungsschutzbericht wiederholt als „linksextremistisch beeinflusst“ bewertet worden. In Berlin habe das Amt daraufhin den Mitgliedern die Chance gegeben, sich zu erklären. Jedoch sei „der volle Beweis des Gegenteils, also Widerlegung der Vermutung als extremistische Organisation“ nicht erbracht worden.

Verfassungsschützer kritisieren, dass unter den Mitgliedern Kommunisten seien.

Auf diese Entscheidung hat Olaf Scholz zwar keinen Einfluss gehabt. Weil es aber nicht die erste Entscheidung dieser Art ist, fordert Esther Bejarano den SPD-Politiker als „zuständigen Minister“ auf, die aus ihrer Sicht nötigen „Gesetzesänderungen vorzuschlagen“. Auch in Rheinland-Pfalz gab es 2012 einen Streit mit dem Finanzamt, damals ging es für die VVN-BdA gut aus. In Nordrhein-Westfalen hat das Finanzamt Oberhausen-Süd die Gemeinnützigkeit des Landesverbands zuletzt am 22. Oktober bestätigt - aber erst nach längerer Diskussion. Für die Finanzämter in Bayern gilt die VVN-BdA nicht als gemeinnützig. Die Überwachung des Vereins, in dem sich Holocaust-Überlebende wie Esther Bejarano gemeinsam mit jüngeren Aktivisten engagieren, reicht gewissermaßen historisch zurück. Hauptargument des bayerischen Verfassungsschutzes ist, dass unter den Mitgliedern Kommunisten sind - was freilich ursprünglich damit zusammenhängt, dass viele Kommunisten vom Nazi-Regime verfolgt wurden. Bayerns Verfassungsschutz moniert in seinem aktuellen Bericht konkret, dass der Bundessprecher der VVN-BdA ein Grußwort beim Parteitag der DKP im März 2018 gehalten habe.

Im Jahresbericht von 2016 wurde zudem auf alte Aussagen des VVN-BdA-Ehrenvorsitzenden verwiesen. „In einem in der Wochenendausgabe der Tageszeitung junge Welt (jW) vom 8./9. Dezember 2007 veröffentlichten Interview“, so hieß es, „lieferte der ehemalige SED-Funktionär Prof. Dr. Heinrich Fink wiederum Belege für die staats- und verfassungsfeindliche Grundposition seines Verbands, indem er den Beschluss der Innenministerkonferenz in Berlin, extremistische Stiftungen und Vereine über das Steuerrecht von staatlichen Geldern abzuschneiden, als Schritt in die falsche Richtung bezeichnete.“

Was damals von Innenministern gefordert wurde, ist heute Gesetz. Eine Klausel im Abgabenrecht besagt, dass die Finanzämter sich

grundlegend auf die Warnungen der Verfassungsschutzämter verlassen sollen. „Wir finden, Antifaschismus ist gemeinnützig“, widerspricht der VVN-BdA-Geschäftsführer Willms, „was denn sonst“. An die 6000 Mitglieder hat der Verein heute deutschlandweit, seit der jüngsten Auseinandersetzung mit dem Finanzamt Berlin aber würden es „jeden Tag hundert mehr“, sagt Willms.

Ronen Steinke, geboren 1983. Jura- und Kriminologiestudium in Hamburg und Tokio. Nach einer juristischen Promotion zur „Geschichte der Kriegsverbrechertribunale seit 1945“ kam Ronen Steinke 2011 zur Süddeutschen Zeitung. Als Redakteur im Ressort Innenpolitik zuständig für Themen der inneren Sicherheit.



**Auschwitz-Komitee in der
Bundesrepublik Deutschland e.V.**

Offener Brief an den Bundesminister der Finanzen

Herrn Olaf Scholz, Wilhelmstraße 93
10117 Berlin

Was ist gemeinnützig? Zur Entscheidung eines Finanzamtes.

Sehr geehrter Herr Minister Scholz,
seit 2008 bin ich die Ehrenvorsitzende der VVN-BdA, der gemeinnützigen Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, gegründet 1947 von Überlebenden der Konzentrationslager und NS-Verfolgten. Die Arbeit der Antifa, die Arbeit antifaschistischer Vereinigungen ist heute – immer noch – bitter nötig. Für uns Überlebende ist es unerträglich, wenn heute wieder Naziparolen gebrüllt, wenn jüdische Menschen und Synagogen angegriffen werden, wenn Menschen durch die Straßen gejagt und bedroht werden, wenn Todeslisten kursieren und extreme Rechte nicht mal mehr vor Angriffen gegen Vertreter des Staates zurückschrecken.

Wohin steuert die Bundesrepublik?

Das Haus brennt – und Sie sperren die Feuerwehr aus! wollen der größten und ältesten antifaschistischen Vereinigung im Land die Arbeit unmöglich machen? Diese Abwertung unserer Arbeit ist eine schwere Kränkung für uns alle.

„Die Bundesrepublik ist ein anderes, besseres Deutschland geworden“, hatten mir Freunde versichert, bevor ich vor fast 60 Jahren mit meiner Familie aus Israel nach Deutschland

zurückgekehrt bin. Alten und neuen Nazis bin ich hier trotzdem begegnet. Aber hier habe ich verlässliche Freunde gefunden, Menschen, die im Widerstand gegen den NS gekämpft haben, die Antifaschistinnen und Antifaschisten. Nur ihnen konnte ich vertrauen.

Wir Überlebende der Shoah sind die unbehaglichen Mahner, aber wir haben unsere Hoffnung auf eine bessere und friedliche Welt nicht verloren. Dafür brauchen wir und die vielen, die denken wie wir, Hilfe! Wir brauchen Organisationen, die diese Arbeit unterstützen und koordinieren. Nie habe ich mir vorstellen können, dass die Gemeinnützigkeit unserer Arbeit angezweifelt oder uns abgesprochen werden könnte! Dass ich das heute erleben muss!

Haben diejenigen schon gewonnen, die die Geschichte unseres Landes verfälschen wollen, die sie umschreiben und überschreiben wollen? Die von Gedenkstätten 'als Denkmal der Schande' sprechen und den NS-Staat und seine Mordmaschine als 'Vogelschiss in deutscher Geschichte' bezeichnen?

In den vergangenen Jahrzehnten habe ich viele Auszeichnungen und Ehrungen erhalten, jetzt gerade wieder vom Hamburger Senat eine Ehrendenkunze in Gold. Mein zweites Bundesverdienstkreuz, das Große, haben Sie mir im Jahr 2012 persönlich feierlich überreicht, eine Ehrung für hervorragende Verdienste um das Gemeinwohl, hieß es da. 2008 schon hatte der Bundespräsident mir das Bundesverdienst-

kreuz 1. Klasse angeheftet. Darüber freue ich mich, denn jede einzelne Ehrung steht für Anerkennung meiner – unserer – Arbeit gegen das Vergessen, für ein "Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus", für unseren Kampf gegen alte und neue Nazis.

Wer aber Medaillen an Shoah-Überlebende vergibt, übernimmt auch eine Verpflichtung. Eine Verpflichtung für das gemeinsame NIE WIEDER, das unserer Arbeit zugrunde liegt.

Und nun frage ich Sie:

Was kann gemeinnütziger sein, als diesen Kampf zu führen? Entscheidet hierzulande tatsächlich eine Steuerbehörde über die Existenzmöglichkeit einer Vereinigung von Überlebenden der Naziverbrechen?

Als zuständiger Minister der Finanzen fordere ich Sie auf, alles zu tun, um diese unsägliche, ungerechte Entscheidung der Aberkennung der Gemeinnützigkeit der Arbeit der VVN-BdA rückgängig zu machen und entsprechende Gesetzesänderungen vorzuschlagen.

Wir Überlebenden haben einen Auftrag zu erfüllen, der uns von den Millionen in den Konzentrationslagern und NS-Gefängnissen Ermordeten und Gequälten erteilt wurde. Dabei helfen uns viele Freundinnen und Freunde, die Antifaschistinnen und Antifaschisten – aus Liebe zur Menschheit! Lassen Sie nicht zu, dass diese Arbeit durch

zusätzliche Steuerbelastungen noch weiter erschwert wird.

Mit freundlichen Grüßen

Esther Bejarano

Vorsitzende – Auschwitz-Komitee
in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Ehrenvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –

Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

N.B.: Dieser Brief wird auch an Fraktionen im Bundestag, an Medien und Freundeskreise weitergeleitet.

Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V. • Vorsitzende: Esther Bejarano Postbank Hamburg • IBAN: DE91 2001 0020 0601 7922 06 • BIC: PBNKDEFF Postfach 203 459 • 20255 Hamburg
AuschwitzKomitee@t-online.de • mobil: 0175 – 9 374 446 • www.auschwitz-komitee.de

*

Auf unserer Internet-Seite ist unter „Aktuelles“ der Zugang zur Online-Petition an den Deutschen Bundestag zur Erhaltung der Gemeinnützigkeit der VVN-BdA für Unterschriften abrufbar.

Die Aktion endet am 3. Januar.

Über „verordneten Antifaschismus“ in der DDR

„Manche junge Menschen sahen keine Perspektive“

Hans Bauer ist Jurist und war von 1966 bis 1990 Staatsanwalt der DDR. Er ist Mitbegründer und seit 2005 Vorsitzender der Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung (GRH). Außerdem ist er seit 2008 Vizepräsident des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV) und Mitglied des Vorstands des „RotFuchs“-Fördervereins.

Das (red. leicht gekürzte) Gespräch mit Hans Bauer führte Marc Bebenroth („junge Welt“).

Sie kommen aus einfachen Verhältnissen und waren mehr als 20 Jahre lang Staatsanwalt in der DDR. Wie kam es dazu?

Meine Mutter war Spinnerin und hat mich 1941 zur Welt gebracht. Mein Vater starb sechs Jahre später. Nach dem Abitur bin ich 1959 freiwillig zur NVA (Nationalen Volksarmee, jW) gegangen, und weil ich mich schon früh für Kriminalistik interessierte, bewarb ich mich unter anderem für ein Jurastudium. Als ich noch in der Armee war, bekam ich meine Zulassung und studierte von 1961 bis 1965 Rechtswissenschaften. Von 1966 bis zum 3. Oktober 1990 war ich Staatsanwalt auf verschiedenen Ebenen: beim Kreis, beim Bezirk und dann bei der Generalstaatsanwaltschaft. Diese Entwicklung eines Arbeiterkindes und die Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs – auch das war ein Stück DDR.

Was haben Sie vom Umgang mit der Nazizeit mitbekommen?

In der Familie hat es keine Verherrlichung der Nazizeit gegeben. Auch

in Kunst und Literatur wurden Faschismus und Judenverfolgung eindrucksvoll aufgearbeitet. Filme wie „Die Mörder sind unter uns“ oder „Die Abenteuer des Werner Holt“ haben mich tief geprägt. In der DDR hatten wir exzellente Faschismusforscher wie Kurt Gossweiler, Kurt Pätzold oder Walter Bartel. Das waren Leute, die die Ursachen des Faschismus ergründet haben. Dies verstehen zu wollen entsprach unserem wissenschaftlichen Anspruch und orientierte sich auch am Buchenwald-Schwur: Nicht ruhen, bis der Faschismus mit seinen Wurzeln ausgerottet ist.

Welche Prozesse gegen Nazis sind Ihnen in Erinnerung geblieben?

Der prominenteste fand 1963 vor dem Obersten Gericht der DDR gegen Hans Globke, rechte Hand von Bundeskanzler Konrad Adenauer, CDU, und Kommentator der Nazirassengesetze statt – in Globkes Abwesenheit. Auch andere Naziprozesse in der DDR, die anfangs vom Innenministerium,

Mdl, und später vom Ministerium für Staatssicherheit, MfS, angestoßen wurden, sind öffentlich diskutiert worden. Beispielsweise der gegen Heinz Barth, den Mörder von Oradour-sur-Glane, 1983 vorm Stadtgericht Berlin, oder der gegen den Kriegsverbrecher Lothar Henry Schmidt vorm Dresdner Bezirksgericht 1987. Das letzte Verfahren war 1989 vorm Bezirksgericht Rostock. Am Ende hatte die DDR-Justiz etwa 13 000 Verurteilungen ausgesprochen, die der BRD weniger als 7000.

Wurde bei der Strafverfolgung mit anderen Staaten kooperiert?

Wir versuchten, Beweismaterial und Informationen anderer Staaten zu bekommen. So haben wir uns um ein Rechtshilfeabkommen mit der BRD bemüht. Doch die haben sich bis zum Schluß geweigert. Aber DDR-Generalstaatsanwalt Josef Streit hatte Kontakt zum hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer.

Beide waren Opfer der Nazis. So konnten mehrere Staatsanwälte von uns nach Frankfurt am Main reisen und Unterlagen übergeben, die auch im Auschwitz-Prozess genutzt wurden.

Was motivierte und wie erfolgte die Verfolgung von Naziverbrechen?

In der DDR wurde eine Arbeitsgruppe unter Albert Norden, Mitglied des Politbüros der SED, gebildet, die sich mit den Nazis in der BRD befasste. Im Ergebnis entstand das bekannte und noch aktuelle „Braunbuch“ von 1965. Der Rechtswissenschaftler Christiaan F. Rüter aus Amsterdam hat die Verfolgung für beide deutschen Staaten nach 1945 auf das „Unsere-Leute-Prinzip“, wie er es nannte, zurückgeführt. Er hat vor einigen Jahren verglichen, wie BRD und DDR vorgegangen sind, und hat Urteile inklusive Begründungen ausgewertet. Dieses Prinzip greift bis heute und verhinderte erfolgreich die Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechen in der BRD. Rüter konstatiert für die DDR richtigerweise, dass maßgebliche Kreise sich aus Gegnern des Naziregimes rekrutierten, die nach Kriegsende aus KZ, Zuchthaus und Exil zurückkehrten.

Nach wie vor werden SS-Angehörige und andere Mittäter in der BRD vor Gericht gestellt. Wie bewerten Sie das?

Es ist richtig, denen den Prozess zu machen. Aber es ist im Vergleich zu den vielen, die man in der alten BRD nicht verfolgt hatte, eher ein Feigenblatt. Erst 2011 wurde mit Demjanjuk nach nunmehr geänderter Rechtsauffassung jemand verurteilt, weil er in der Buchhaltung eines KZ gearbeitet hatte. Damit wurden auch die mit administrativen Aufgaben Betrauten als Mittäter verurteilt. Die Haupttäter hatte man weitestgehend von der Verfolgung verschont.

Wurde es in der DDR für möglich gehalten, dass der Faschismus wiederbelebt werden könnte?

Wir waren zur Wachsamkeit aufgerufen. Aber es herrschte die Überzeugung, dass es in unserer Gesellschaft nicht wieder passieren kann. Vom einfachen Rowdytum über faschistische oder rassistische Äußerungen und Symbole, Verherrlichung von Faschismus und Militarismus bis hin zur rassen- und staatsfeindlichen Hetze – strafrechtlich war das alles

geregelt. Aber diese Überzeugung, wonach es bei uns keinen Boden für solche Ideologien gibt, ließ uns unvorbereitet gegenüber dem, was sich in den 80er Jahren zu entwickeln begann.

Was hat die Analyse dieser Anfänge ergeben?

Da war der Einfluss der Westmedien auf die Jugend, später die zunehmende Einreise von Neonazikadern in die DDR. Als gesellschaftlich relevantes Problem wurde das erst ab Mitte der 80er gesehen. Da waren diese Gruppen groß und vernetzt genug, daß ein Umdenken einsetzen musste. Der Höhepunkt war der Angriff auf ein Konzert in der Berliner Zionskirche 1987.

Welche Versäumnisse gab es?

Zum einen haben wir über die neuen Erscheinungsformen nicht groß öffentlich berichtet, was in der allgemeinen Medienpolitik begründet war. Nicht, weil nicht sein kann, was nicht sein darf – wie der Vorwurf aus dem Westen lautet. Wir haben uns sehr genau überlegt, was in die Öffentlichkeit geblasen wurde und was nicht. Es hätte schließlich auch Anregung für Nachahmer sein können.

Mit welcher Strategie wurde den Neonazis begegnet?

Es gab unterschiedliche Positionen, wie vorzugehen sei. Auch deshalb wurde verspätet reagiert. Einzelne wollten mit den Fällen nicht an die Öffentlichkeit, andere wollten es nicht wahrhaben. Es ging uns um eine gesamtgesellschaftliche Strategie. Dazu kam es nicht mehr. Wie sahen Sie das damals? Es lag für die Justiz auf der Hand, Härte gegenüber Gruppen zu zeigen, die eine faschistische und rassistische Kultur wiederaufleben ließen. Aber das war ein Phänomen, auf das die Gesellschaft eine umfassendere Antwort finden musste. Der gewisse Stillstand insgesamt zeigte sich auch in diesem Bereich. Manche jungen Menschen sahen keine Perspektive. Auch fehlte der Funke für den weiteren antifaschistischen Kampf.

Und woran fehlt es heute?

Zunächst hat sich die BRD nie den Antifaschismus auf die Fahnen geschrieben. Im Gegensatz zur DDR, in der Antifaschismus nicht nur verordnet war. Darüber hinaus liegt in der Diskriminierung vieler Menschen besonders in Ostdeutschland eine Ursache. So laufen Leute den Rattenfängern von der AfD hinterher. Das ist auch Ausdruck der Frustration. Zumal kapitalistische Verhältnisse immer die faschistische Gefahr in sich bergen. Hinzu kommt die reaktionäre Politik in Deutschland.

Was bedeutet Antifaschismus im Jahr 2019?

An erster Stelle steht Friedensarbeit. Denn Kampf um Frieden ist Kampf um Antifaschismus – und umgekehrt. Dazu müssen sich die linken Kräfte zusammenfinden. An der Basis muss zudem über Faschisten aufgeklärt werden, damit die Leute den Rechten nicht mehr auf den Leim gehen. Im Osten muss der Unmut in der Bevölkerung von links beantwortet werden mit einer Perspektive für Würde und Anerkennung.

Auch das noch

Das war schon eine Jubelwoche im November, als das Volk vor 30 Jahren durch den antifaschistischen Schutzwall in Richtung Freiheit, Menschenrechte und 100 DM stürmte. Tränen – Wahnsinn. Die Taschentücher waren kaum getrocknet, da

mussten sie, gleich nach Beginn des Karnevals, schon wieder zum Volkstrauertag herhalten, bei dem man die Toten der vergangenen Kriege beweinte und gleichzeitig zur Kenntnis nahm, dass „die Politik“ eine „größere Verantwortung Deutschlands“ durch die Bereitstellung von mehr

und neueren Waffen androhte. (Siehe auch Postmappe) Aber auch das noch: Es wurde gemeldet, dass die Anzahl der Obdachlosen um vier Prozent auf knapp 680.000 gestiegen sei. Freiheit und Menschenrechte: Tränen – Wahnsinn

w.k.

Aufruf zur Demonstration an die Gräber von Rosa und Karl in Berlin

Am 12. Januar 2020 ab 10 Uhr ab Frankfurter Tor

wird, wie schon vor mehr als 100 Jahren, die Demonstration an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht erinnern. Die Reaktion erschlug sie, weil sie, noch im Banne des Ersten Weltkrieges, ihre Stimme gegen eine Restauration des imperialistischen Deutschlands erhoben und für Frieden, soziale Gerechtigkeit und eine neue Gesellschaft mobilisierten.

Aber die Mörder sind noch unter uns und haben ihr Handwerk nicht verlernt. Im vereinten Deutschland haben sie bereits fast 200 Menschen auf dem Gewissen. Potenzielle Opfer sind alle, die gegen Kriegspolitik, Faschismus, Ausbeutung, Rassen- und Völkerhass aktiv sind. Sie werden nur dann ihrer Stimme Geltung verschaffen können, wenn sie gegen das Grundübel der Menschheit, Imperialismus und Nationalismus, vereint auftreten. In dieser Einheit werden sie nach Berlin-Friedrichsfelde, zur Gedenkstätte der Sozialisten, gehen. #

Die Mitglieder unserer TIG verständigen sich darüber, wo sie sich in die Demonstration einreihen.



Unsre Herrn, wer sie
auch seien, sehen unsre
Zwietracht gern.

Denn solang sie uns
entzweien, bleiben sie
doch unsre Herrn.

Lesenswert

Egon Krenz

CHINA Wie ich es sehe

ISBN 978-3-360-01885-4, Preis 12,99 Euro
2018 edition ost im Verlag Das Neue Berlin, Berlin

In der Einleitung zum Buch wird zwar darauf verwiesen, dass es die Sicht von Egon Krenz auf die Entwicklung in China ist und deshalb subjektiv geprägt. Damit bestünde auch kein

Anspruch auf allgemeingültige Aussagen und Feststellungen. Klingt etwas danach, als ob die Glaubwürdigkeit des Autors damit angezweifelt werden könnte.

Nachdem ich das Buch gelesen hatte, waren meine widersprüchlichen Erkenntnisse über die Entwicklung Chinas nicht komplett beseitigt, aber ich hatte Zusammenhänge vermittelt bekommen, die bei den hiesigen Konzernmedien absolut keine Rolle spielen. Wenn es um die Entwicklung Chinas geht und den damit verbundenen Problemen inner- wie außenpolitisch, dann bekommen wir zu hören, was wir hören sollen. Egon

Krenz bemüht sich um eine sachliche und respektvolle Darstellung seiner gewonnenen Erkenntnisse über die Entwicklungen in China und den dort lebenden Menschen, die nicht frei ist von Widersprüchen.

Diese Haltung von Egon Krenz ist für mich eine wesentliche Schlussfolgerung, weil es für die weitere Entwicklung der Menschheit notwendig sein wird, sich einen respektvollen Umgang mit allen auf der Erde lebenden Menschen anzueignen, unabhängig von ihrer Hautfarbe, Religionszugehörigkeit oder Weltanschauung.

Lothar Schlüter

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 27.11.2019

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 02.01.2020

Einstellung im Internet: 10.01.2020

Auslieferung: 14.01.2020

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Layout: R. Serinek

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Schatzmeister: Hans-Peter Speck – Tel.: (030) 29784317

Rechtsfragen Peter Ott (Di. u. Do.) – Tel.: (030) 29784315

– Fax: (030) 29784320

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEBEXXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16